Einkaufskonferenz 2019

Vergaberecht für Fördermittelempfänger

**Kirstin van de Sande
Rechtsanwältin**

Einkaufskonferenz 2019
Innovative Impulse für den öffentlichen Einkauf

21.03.2019

Präsentiert von den Landschaftsverbänden Westfalen-Lippe & Rheinland

LWL

Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

LVR

Qualität für Menschen

Übersicht

Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung zu Rückforderung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Fördermittelzusage verpflichtet auf Vergaberecht

Förderbescheid

Haushaltsordnungen verlangen Einbeziehung von

- ANBest-P
- ANBest-I
- ANBest-G/K

Ggf. Konkretisierung in Bescheid

- Rechtsgrundlagen
 - Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden
 - Rechtsprechung
 - Verzinsung des Erstattungsanspruchs
 - Haftungsrechtliche Konsequenzen

ANBest – Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen – **bisherige Fassung ANBest-P / -I** –

„1 *Anforderung und Verwendung der Zuwendung*

1.1 *Die Zuwendung ist **wirtschaftlich** und **sparsam zu verwenden***

...

3 *Vergabe von Aufträgen*

3.1 *Wenn die Zuwendung oder bei Finanzierung durch mehrere Stellen der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als ... Euro beträgt, sind anzuwenden*

- *bei der Vergabe von Aufträgen für Bauleistungen der **Abschnitt 1** der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)*
- *bei der Vergabe von Aufträgen für Lieferungen und Dienstleistungen der **Abschnitt 1** der Verdingungsverordnung für Leistungen – ausgenommen Bauleistungen – (**VOL**)*

3.2 *Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers aufgrund des § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung (VgV) die Abschnitte 2 ff. der VOB/A **bzw. VOL/A oder die VOF** anzuwenden oder andere Vergabebestimmungen einzuhalten, bleiben unberührt. (...)*

■ **Rechtsgrundlagen**

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Anpassung ANBest wegen neuem Vergaberecht

In ANBest-P / -I bisher Verweis auf VOL/A 1. Abschnitt
und altes Oberschwellen-Vergaberecht

Nach Oberschwellen-Reform 2016 und
Inkraftsetzung UVgO müssen ANBest angepasst werden

■ Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Anpassung ANBest wegen neuem Vergaberecht

Bund

UVgO eingeführt zum 02.07.2017

VV zu §§ 44 BHO geändert zum 13.06.2018
(Anlage zu BMF-Rundschreiben vom 25.04.2018, GMBI Nr. 29/2018)

ANBest neu gefasst:
Verweis auf UVgO aufgenommen
– dabei bestimmte Vorschriften von der Anwendung ausgenommen –

■ Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

ANBest-P / -I – neu – Bund

„1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung

1.1 Die Zuwendung ist *wirtschaftlich* und *sparsam zu verwenden*

...

3 Vergabe von Aufträgen

3.1 Wenn die Zuwendung oder bei Finanzierung durch mehrere Stellen der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als 100.000 Euro beträgt, sind bei der Vergabe von Aufträgen folgende Regelungen anzuwenden:

- für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen die Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterswellenvergabeordnung – *UVgO*). Die Verpflichtung zur Anwendung gilt nicht für folgende Vorschriften:
 - § 22 zur Aufteilung nach Losen,
 - § 28 Absatz 1 Satz 3 zur Veröffentlichung von Auftragsbekanntmachungen,
 - § 30 zur Vergabebekanntmachung,
 - § 38 Absatz 2 bis 4 zu Form und Übermittlung der Teilnahmeanträge und Angebote,
 - § 44 zu ungewöhnlich niedrigen Angeboten,
 - § 46 zur Unterrichtung der Bewerber und Bieter;

■ Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

ANBest-P / -I – neu – Bund

- für die Vergabe von Bauleistungen Teil A Abschnitt 1 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A).“

3.2 Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers als Auftraggeber gemäß Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (**GW**B) bleiben unberührt.“

■ Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Anpassung ANBest-P / I wegen neuem Vergaberecht

NRW

UVgO eingeführt

- Zum 09.06.2018 für Land
- Zum 15.09.2018 für Kommunen

Änderung VV zu § 44 LHO – **steht aus**

Neufassung ANBest – **steht aus**

Vorläufig Fortgeltung von ANBest und Wertgrenzen
- **Rundschreiben LMF NRW vom 19.06.2018** -

■ Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Anpassung ANBest-G wegen neuem Vergaberecht

„3 Vergabe von Aufträgen - alt = neu -
3.1 Bei der Vergabe von Aufträgen zur Erfüllung des Zweckes sind die nach dem Gemeindehaushaltsrecht anzuwendenden Vergabegrundsätze zu beachten.“

Kein Anpassungsbedarf

Kommunale Vergabegrundsätze für Gemeinden nach
§ 25 GemHVO NRW vom 28.08.2018
verweisen mit Wirkung zum 15.09.2018 auf UVgO

Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Anpassung ANBest-G wegen neuem Vergaberecht

„3 Vergabe von Aufträgen - alt -

3.2 Verpflichtungen des Zuwendungsempfängers aufgrund des § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung (VgV) die Abschnitte 2 ff. der VOB/A bzw. VOL/A oder die VOF anzuwenden oder andere Vergabebestimmungen einzuhalten, bleiben unberührt. (...)

Anpassungsbedarf (deklaratorisch)

Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Vergaberecht als Auflage

ANBest + etwaige Konkretisierung im Fördermittelbescheid

Auflagen i. S. v. § 36 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG

vgl. BVerwG, Beschluss vom 13.02.2013, 3 B 58.12
OVG Münster, Urteil vom 20.04.2012 - 4 A 1055/09
OVG Koblenz, Urteil vom 25.09.2012 - 6 A 10478/12

■ Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Rückforderung von Zuwendungen

Relevanter Verstoß gegen Vergaberecht

Missachtung der Auflage

Ermessensentscheidung

(teilweiser) Widerruf des Zuwendungsbescheids
§ 49 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 VwVfG

Neufestsetzung

(teilweise) Rückforderung
§ 49 a Abs. 1 S. 1 VwVfG

- Rechtsgrundlagen
 - Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden
 - Rechtsprechung
 - Verzinsung des Erstattungsanspruchs
 - Haftungsrechtliche Konsequenzen

Zeitliche Grenze von Widerruf und Rückforderung

■ Jahresfrist aus § 49 Abs. 3 S. 2 i. V. m. § 48 Abs. 4 S. 1 VwVfG

■ Ab positiver Kenntnis der den Widerruf rechtfertigenden Tatsachen

Beispiel:

Kenntnis von freihändiger Vergabe genügt nicht. Prüfung der Ausnahmetatbestände erst nach Vorlage der Vergabevermerke und Verwendungsnachweise. Aus Anhörung des Zuwendungsempfängers kann sich Ermessenserhebliches ergeben.

■ Jahresfrist läuft ab Anhörung des Zuwendungsempfängers

■ Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Übersicht

Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung zu Rückforderung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Rechtsgrundlage

- Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Ermessensausübung über Wiederruf und Rückforderung

Ermessenslenkung und Selbstbindung durch Leitlinien

COCOF

Leitlinien der EU-Kommission vom 19.12.2013 zur Festsetzung von Finanzkorrekturen, die bei Verstößen gegen die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge auf von der EU im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung finanzierte Ausgaben anzuwenden sind.

Nationale Landes-Verwaltungsvorschriften

Rechtsgrundlage

- Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Ermessenslenkung und Selbstbindung durch Leitlinien

Leitlinien der EU-Kommission zur Festsetzung von Finanzkorrekturen

Maßstab: Schwere des Vergabeverstoßes

Finanzielle Folgen für den Haushalt?

- Ausmaß des Wettbewerbs
- Transparenz
- Gleichbehandlung

Deutlicher Anhaltspunkt für schwerwiegenden Verstoß bei abschreckender Wirkung auf potentielle Bieter oder Vergabe des Auftrags an anderen Bieter

Rechtsgrundlage

- Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Ermessenslenkung und Selbstbindung durch Leitlinien

Nationale Landes-Verwaltungsvorschriften

Beispiele:

- Runderlass des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18.12.2003, 1-0044-3/8, Rückforderung von Zuwendungen wegen Nichtbeachtung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A) und der Verdingungsordnung für Leistungen – ausgenommen Bauleistungen - (VOL/A) → **künftig: UVgO**
- Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, Richtlinie zur Rückforderung von Zuwendungen bei schweren Vergaberechtsverstößen, 23.11.2006, FMBl 2006, 228
- VV zu § 44 LHO Hessen

Rechtsgrundlage

- Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Rückforderung von Zuwendungen bei schwerem Vergabeverstoß

Rechtsgrundlage

■ Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Rückforderung von Zuwendungen bei schwerem Vergabeverstoß

Konkretisierung des Gebots der wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung von Zuwendungen

Schwerer Verstoß gegen
VOB/A
VOL/A - **künftig: UVgO**

grundsätzlich Widerruf des Zuwendungsbescheides und Neufestsetzung (Kürzung) der Zuwendung

Kosten für die jeweilige Auftragseinheit (z. B. Los), bei der der Verstoß ermittelt wurde, sind i.d.R. von der Förderung auszuschließen; ggf. Reduzierung bei unverhältnismäßiger Härte (etwa wegen Verstoß gegen Losbildung)

Anhörung des Zuwendungsempfängers erforderlich

Rechtsgrundlage

- Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Rückforderung von Zuwendungen bei schwerem Vergabeverstoß

Regelbeispiele für schwere Verstöße nach den Leitlinien

- **Fehlende Bekanntmachung**
- **Wahl der falschen Vergabeart, insbesondere freihändige Vergabe ohne Ausnahmetatbestand**
- **Ungerechtfertigte Beschränkung des Bieterkreises**
- **Ungerechtfertigte Bevorzugung ortsansässiger Bieter**
- **Übergehen des wirtschaftlichsten Angebots durch Nachverhandlung, sachwidrige oder sonst groß vergaberechtswidrige Wertung**
- **Vergabe an GU / GÜ, wenn Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen**

Rechtsgrundlage

- Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Rückforderung von Zuwendungen bei schwerem Vergabeverstoß

Trotz ermessenslenkender Leitlinien muss das Ermessen im Einzelfall konkret ausgeübt werden

Zuwendungsempfänger muss Möglichkeit haben, den Vergabeverstoß zu entkräften

Strittig: Rückforderung nur geboten, wenn Verstoß gegen Vergaberecht zu einer unwirtschaftlichen Verwendung geführt hat?

Rechtsgrundlage

- Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Übersicht

Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung zu Rückforderung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

■ Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

BGH, 17.11.2011 – III ZR 234/10

- Investitionszuschuss zugewendet durch privatrechtlichen Vertrag
- Rückforderungsanspruch aus Vertrag bejaht
- „Auflagen“ hier = AGB
- Schwerer Vergaberechtsverstoß ist nicht Voraussetzung für Rückforderung, sondern nur für Regel – Ausnahme-Mechanismus
- Auch bei minderschweren Verstößen besteht Möglichkeit der (teilweisen) Rückforderung im Einzelfall (ebenso OVG Düsseldorf, 20.04.2012 – 4 A 1055/09)

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

■ Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

BVerwG, 13.02.2013 – 3 B 58/12

- ANBest = zulässige Zuwendungsaufgaben
- Ermessenslenkung und Selbstbindung durch Leitlinien zulässig
- Intendiertes Ermessen: bei Vorliegen von Widerrufsgründen muss Widerruf in der Regel auch erfolgen (ebenso: OVG Düsseldorf, 20.04.2012 – 4 A 1055/09), aber kein Widerruf bei Ermessensnichtgebrauch (VG Schleswig, 13.12.2017 – 12 A 205/15)
- Regelvermutung falsche Verfahrensart $\triangleq$ schwerer Vergabeverstoß zulässig, da bei falscher Verfahrensart regelmäßig Gefährdung von Wirtschaftlichkeit + Sparsamkeit
- Pflicht zur Einzelfallprüfung

Ebenso BayVG, 09.02.2015 – 4 B 12.2326
(Direktvergabe = schwerer Verstoß)
und
VG Münster, 07.09.2016 – 9 K 3118/12

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

■ Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

EuGH, 26.05.2016 – C-260/14 und C-261/14

Rückforderung EU-Fördermittel auch bei Verstoß gegen
Unterschwellen-Vergaberecht

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

■ Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

EuGH, 26.05.2016 – C-260/14 und C-261/14

Rückforderung EU-Fördermittel auch bei Verstoß gegen Unterschwellen-Vergaberecht

- **EU-Recht:**
„Unregelmäßigkeit“ berechtigt zur Rückforderung von EU-Fördermitteln
- „Unregelmäßigkeit“ früher: Verstoß gegen EU-Recht
„Unregelmäßigkeit“ jetzt: „Verstoß gegen EU-Recht oder gegen nationale Vorschriften“ (VO (EU) 1303/2013)
- **Binnenmarktrelevanz:** wettbewerbsverfälschende Verstöße gegen
Unterschwellenvergaberecht = Verstoß gegen EU-Recht
- **Vertrauensschutz eingeschränkt:** Rückforderung zulässig nach Norm, die
nach Vergabeverstoß in Kraft getreten ist

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

■ Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

BayVGH, 20.01.2016 – 21 ZB 14.1428

Anwendung der Jahresfrist aus § 49 Abs. 3 VwVfG

**■ Widerrufsfrist ab Anhörung
Äußerung zur Prüfergebnissen LRH ≠ Anhörung durch Bewilligungsbehörde**

■ Kenntnis nicht durch veröffentlichte Vorabinformationen

**■ Kenntnis nicht durch für Widerruf zuständigen Mitarbeiter in Aufsichtsrat des
Zuwendungsempfängers**

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

■ Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Weitere Rechtsprechung zu rückforderungsbegründenden Vergabeverstößen

■ Verstoß gegen Verhandlungsverbot durch Bezuschlagung eines nach Submission unterbreiteten Angebots; nur vergaberechtskonform durchgeführtes Verfahren garantiert den günstigsten Angebotspreis (OVG Münster, 22.02.2005 – 15 A 1065/04)

■ Vergaberecht dient auch dem Wettbewerbsgrundsatz → Es kommt nicht darauf an, ob im Einzelfall unwirtschaftlicher vergeben wurde (VG München, 13.03.2014 – M 15 K 12.6087)

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

■ Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Weitere Rechtsprechung zu rückforderungsbegründenden Vergabeverstößen

■ Verstoß gegen Pflicht zur Losbildung = schwerer Verstoß, kein Verschulden erforderlich (Bay VGH, 22.05.2017 – 4 ZB 16.577)

■ Verstoß gegen Gebot der Losaufteilung durch fehlende Gründe für Generalunternehmervergabe (VG Gelsenkirchen, 04.04.2011 – 11 K 4198/099)

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

■ Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Weitere Rechtsprechung zu rückforderungsbegründenden Vergabeverstößen

■ Verstoß gegen die Vergabeart ist regelmäßig als schwerer Verstoß zu qualifizieren (OVG NRW, 14.08.2013 – 12 A 1751/12)

■ Unzulässige Wahl der freihändigen Vergabe ist grundsätzlich schwerer Verstoß (VGH Baden-Württemberg, 17.10.2013 – 9 S 123/12)

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

■ Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Weitere Rechtsprechung zu rückforderungsbegründenden Vergabeverstößen

■ **Gemeinsamer Ortstermin mit allen Bietern ist Verstoß gegen Geheimwettbewerb → schwerer Verstoß gegen Wirtschaftlichkeitsgrundsatz wegen Gefahr von Preisabsprachen (OVG Berlin-Brandenburg, 27.02.2013 – 6 B 34/12)**

■ **Bezuschlagung eines wegen Änderung der Vergabeunterlagen zwingend auszuschließenden Angebots (VG München, 13.01.2011 – M 10 K 09.5291)**

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

■ Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Übersicht

Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung zu Rückforderung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

- Verzinsung des Rückforderungsbetrags gemäß § 49 a Abs. 3 VwVfG
- Ermessensentscheidung, aber i. d. R. Zinsen (+) - VGH München, 29.07.2008
- 5 % über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB
- Verzinsung ab Eintritt der Unwirksamkeit des Zuwendungsbescheids
→ Zeitpunkt, in dem zum Widerruf führende Umstände eingetreten sind

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

- Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Übersicht

Rechtsgrundlagen

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung zu Rückforderung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Adressaten haftungsrechtlicher Konsequenzen

<p>Architekten / Planer</p>	<p>Durch schuldhafte Pflichtverletzung verursachte Rückforderung von Zuwendungen</p>
<p>Projektsteuerer</p>	
<p>Geschäftsführung</p>	<p>Geschäftsführerhaftung auf Schadensersatz in Höhe des Rückforderungsbetrages</p> <p>LG Münster, 18.05.2006</p>

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Pflichtverletzungen Geschäftsführung

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

■ Haftungsrechtliche Konsequenzen

Mögliche weitere Rechtsfolgen

Befristeter Ausschluss von zukünftiger Förderung

Geregelt in jeweiligen Förderrichtlinien

Rechtsgrundlage

Leitlinien der EU-Kommission und der nationalen Behörden

Rechtsprechung

Verzinsung des Erstattungsanspruchs

Haftungsrechtliche Konsequenzen

Ihre weiteren Fragen

Vielen Dank für Ihr Interesse!

Rechtsanwältin Kirstin van de Sande

Assistentin Gabriele Bausters

Telefon + 49 211 60055-145

Telefax + 49 211 60055-140

E-Mail g.bausters@heuking.de

Georg-Glock-Straße 4

D-40474 Düsseldorf

www.heuking.de

Die Standorte